

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Druckort: 80000 Hhd. Samsung, Pönnernstr. 17. D. 24. 1920. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 1.00 M. pro Stück. Abonnement: 3.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 1.00 M. pro Stück.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Druckort: 80000 Hhd. Samsung, Pönnernstr. 17. D. 24. 1920. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 1.00 M. pro Stück. Abonnement: 3.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 1.00 M. pro Stück.

Wöchentliche Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 4.

Duisburg, den 24. Januar 1920.

21. Jahrgang

Wie lange noch?

Ein Amerikaner schrieb vor kurzem: Deutschland gleicht einem Tollhaus. Wenn man sich die Verhältnisse in den letzten Wochen hier bei uns als objektiver Beobachter mit ansehen hat, dann könnte man wohl dem Amerikaner zustimmen. Wir bedürfen an allen Ecken und Kanten Rohstoffe; die Fabriken in Bayern können wegen Rohstoffmangels nicht fahren, in der großen Rinderfleischfabrik bei Berlin frieren die armen Berliner bei 40-41 Grad Fieber, weil keine Kohlen da sind, lausende Arbeiterfamilien hocken in kalter Stube zusammen, nichtsdestoweniger schreien die Bergleute auf einer Anzahl Zechen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Broden hin, ungehört um mit den in West eingekerkerten kommunistischen „Kriegsgefangenen“, die in Hungerstreik getreten waren, zu sympathisieren.

Wir bedürfen dringend der Lebensmittellieferung, Kartoffeln fehlen, Milch fehlt, in den meisten Städten fehlt man vor einem ausgebrochenen Ratschlag, wenn die Lebensmittel ausbleiben, und ausgerechnet in einer solchen Zeit packen die Eisenbahner, wie der wunderbare U. S. Ausdruck heißt, den Staat an die Gurgel, um ihm den Atem zu nehmen. Wir wollen hier nicht lange unterreden über die Forderungen der Eisenbahner, berechnen sie nicht oder nicht, darauf kommt es nicht an, jeder will heute leben, das ist klar, sondern auf die Zeit, wie man unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Zwecke politische radikale Ziele verfolgen will. Der „Regulator“, das Organ des S. D. Gewerkschafts Deutscher Metallarbeiter schreibt mit Recht über das Verhalten der Eisenbahner:

„Ein solches Verhalten widerspricht allen gemeinlichkeitsmäßigen Regeln in ein mit gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Eisenbahnerverbände haben den Staat an die Gurgel, um ihm den Atem zu nehmen.“

Es was ein beherrschender Teil Scharf gelegen haben beim praktischen Eisenbahner und seinen Nachkommen, aber das rechtfertigt auch nicht im geringsten das Verhalten der Eisenbahner. Das Schlimmste dabei ist, daß die Eisenbahner noch geübt befehlenden Anstalten unter den Eisenbahner nicht so viel Courage aufbrachten, um sich diesem unannehmbaren Treiben entgegenzusetzen. Das wohlverstandene Arbeiterinteresse verlangt, daß man abdrückt von sozialistischen Gewaltmethoden radikaler Elemente, denen auch das geringste Verantwortschaftsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft fehlt. Das Gefühl der Arbeit für die Volksgemeinschaft muß wieder mehr in die Gesamtarbeiterschaft hinein.

Es ist ein durchaus unangebrachtes, faßliches und unberechtigtes Solidaritätsgefühl, wenn man, um nicht von diesen Schreibern angegriffen und als reaktionär verurteilt zu werden, mitmacht und dadurch sich selbst und die Volksgemeinschaft auf das Tiefste schädigt. Wenn Ordnung, Arbeit, Schaffen für die Volksgemeinschaft, Gemeinlichkeitsgefühl von diesen Elementen als reaktionär angesehen werden, dann wollen wir auf der Seite der Ordnung und Arbeit stehen.

Was haben denn diese radikalen Schwärmer für die Arbeiterschaft gefordert oder gerungen? Gar nichts! In Zeiten, wo die Kräfte noch auf der Arbeiterschaft lasteten, da trieben sie sich in gelben Berichten herum oder frohen Schwelmedeln hinter dem Betriebsleiter her. Als die schwersten Kämpfe um das Koalitionsrecht ausgefochten wurden, da hielten die meisten dieser Arde Streikbrechergehirne, um den kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Als sie noch Grünschnäbel waren, da rangen unsere alten Kämpfer schon um den Achtstundentag, und diese alten Kämpfer müssen sich jetzt von ihnen beschimpfen lassen, weil sie nicht Recht gegen den schematischen Achtstundentag, den Ruin unseres Wirtschaftslebens und damit auch der Arbeiterschaft sich wenden.

Und diesen radikalen Schwärmer, die nichts, aber auch gar nichts aufzuweisen haben an Taten und Kämpfen für die Arbeiterschaft, diesen Menschen sollte eine vernünftig denkende Arbeiterschaft nachlaufen und allen ihren bunten Plänen Vorwärtsschritt leisten lediglich aus falsch verstandenem Solidaritätsgefühl? Da sollen diese Menschen erst zeigen daß sie wirklich das Wohl der Arbeiterschaft vertreten.

Die christliche Metallarbeiterchaft lehnt es ab, unverantwortlichen radikalen Treibern nachzulaufen, sie wird trotz allen Geschimpfes ihren geraden, aufrechten, zielbewußten Weg gehen und jene Elemente weit von sich weisen, die durch irrtümliche Forderungen unter Laus in den Abgrund führen wollen, um sich selbst in dem allgemeinen Aufruhr entweder zu bereichern oder sich Pöbchen zu verschaffen, die eine gute Portion Geld einbringen, Menschen, die man in Hülle und Fülle auf der linksradikalen Seite findet.

Alles was wir in den letzten Tagen erlebt haben, zeigt deutlich wohin der Weg in Deutschland gehen sollte. Man wolle eine zweite endgültige Revolution machen.

Der Eisenbahnerstreik gab den Anlaß dazu, die Bergleute auf einer Anzahl Zechen folgten, in Hamborn, Sterkrade, Dinslaken letzten Mäandierungen von kommunistischen Geistes, die jeder Beschreibung spotten, in Berlin wurden die Massen vor das Reichstagsgebäude geholt, um gegen das Betriebsrätegesetz Sturm zu laufen und im Verlauf dessen die Nationalversammlung zu sprengen.

Da ist doch die Frage berechtigt: Wie lange noch? Wie lange noch sollen politische Streiks unsern kranken Volkstörper durchwühlten, wie lange noch dürfen die Heilspittel von links gegen eine ruhige Entwicklung des neuen Deutschland arbeiten?

Politische Streiks sind ein Verbrechen am Volke und müssen als Verbrechen angesehen und beurteilt werden. Aber man darf

endlich das Nebel bei der Turm und glaube nicht genug getan zu haben, wenn man ein paar Aeste abhaut. Die alte Regierung hat die überaus behauernden Fehler gemacht, daß sie die armen Teufel, die Dreher und Schloßer, die in Wilhelmshaven 1918 Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalkriegsverwehren freigesprochen aburteilen ließ, während sie die eigentlichen Künftler, die ihr Wohl bekannt waren, herumspazieren ließ. So ist es die ganzen Kriegsjahre gegangen.

Ausnahmsweise erfordern auch Ausnahmehandlungen Reichsanwalt Geyer hat in seiner Rede beklagt, daß die Verhältnisse die Opfer vor dem Reichstagsgebäude wurden, während die Verführer sich im Hinterzimmer hielten. Wenn man von U. S. Seite behauptet, die Massen seien spontan zum Reichstagsgebäude hingezogen, um ihrem Unmut gegen die Fassung des Betriebsrätegesetzes Luft zu machen, so läßt man einfach darüber. Dem abgesehen davon, daß das Blatt der U. S. Seite, die „Freiheit“ ein paar mal zu Demonstrationen auftraherte, so ist man bei den Massen, die dem mehr oder weniger losen Zwang einer gewissen Minderheit folgend nach dem Reichstagsgebäude zogen, klar sein Unrecht, wenn man sagt, daß ihnen zu neunzig ein Hundert das Wesen und die Aufgabe der Betriebsräte ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Betriebsräte waren ja nur der Normand. In Wirklichkeit ist den Drohgeiern das Schicksal des Betriebsrätegesetzes herzlich gleichgültig. Ihnen kam es auf den Witz an sich an, auf den Versuch, gewalttätig die Regierung an sich zu reißen, wie es ihnen in den blutigen Januartagen des vorigen Jahres nicht gelungen war, und dazu war ihnen die Beratung des Betriebsrätegesetzes ein vollkommenes Normand. Es geht ganz in das Reich, daß sich die Arbeiter der Demonstration wie damals in ihrem Hintergrund hielten. Es wohnete in der Handfläche des Reichstages von radikalen Kämpfern, darunter sehr vielen, die nicht in Deutschland beheimatet sind.

Da muß mit einem Rest durchgedrungen werden und man darf schon in Berlin W. wo man bei Weh und guten Willen „kommunistische“ Ideen fördern, um dann in die deutsche Arbeiterschaft zu bringen, hätte eine Ausübung dieser Ideen notwendig. Manches elegante Herrchen und Dämchen wurde ja einmal in Absoluten praktischen Revolutionierung des baulichen Bodens vornehmen, dann würde diesen Individuen die „kommunistische Revolution“ in der deutschen Arbeiterschaft schon verzeihen. Da heißt es nur und nicht zaudern! Wir als Arbeiter, die wir unsere Pflicht tun und am Aufbau unseres Vaterlandes arbeiten, wollen uns diese irrtümliche Tat nicht durch irgendwelche verbrecherischen Elemente zu Schanden machen lassen.

Forhern wir das von der Regierung, dann haben wir aber auch selbst die Pflicht und Schuldigkeit, fest und unerschütterlich bei unseren Zielen zu beharren und uns nicht aus Markensucht oder falschem Solidaritätsgefühl davon abbringen zu lassen Arbeit zur materiellen und kulturellen Hebung unseres Standes durch berechnete Mittel, aber nicht durch Sabotage, Revolutionstaktik und Ruinierung des Wirtschaftslebens ist die Parole.

Das haben wir immer im Auge zu behalten, dann haben wir die Gewißheit, daß unser Wirtschaftsleben wieder hoch kommt und die deutsche Arbeiterschaft noch einmal einen besseren Morgen anbrechen sieht.

Rechte und Pflichten der Betriebsräte.

Von Ingenieur Gustav Grenz.

Die Frage der Betriebsräte ist in das Stadium der Entscheidung getreten. Sachlich und unvoreingenommen muß diese für die Arbeiterschaft wichtige Frage nach jeder Seite hin behandelt werden, damit die Ermächtigungen, die daran geknüpft werden, eine gerechte und vorbereitete Kollegenchaft finden. Unter obiger Überschrift lassen wir in dieser Nummer auch einmal einen Betriebsleiter über die wichtige Frage zu Worte kommen, der die Rechte und Pflichten der Betriebsräte erläutern.

Die am 9. November 1918 erfolgte politische Umwälzung mußte naturgemäß sehr bald auf das wirtschaftliche Gebiet und damit auf die Verhältnisse in der Werkstatt übergreifen. Die Gewährung größerer politischer Rechte allein konnte die Arbeiter nicht zufrieden stellen, wenn es ihnen nicht gelang, auf allen den Arbeitsprozess betreffenden Gebieten ein gewisses Mitbestimmungsrecht zu erlangen. Die ersten Vorläufer der Betriebsräte waren die schon während der letzten Kriegszeit eingeführten Arbeiter- und Angestellenausschüsse. Heute, nachdem sich die Stellung dieser Ausschüsse genügend gefestigt hat, kann man wohl sagen, daß sie sich in vielen Fällen sehr gut bewährt haben. Manche Streitfrage wurde durch Vermittlung der Ausschüsse sachlich erledigt, diese Erfahrung wird wohl jeder Betriebs- und Betriebsleiter schon gemacht haben. Die vorgezeichneten Betriebsräte werden zwar aus den Arbeiter- und Angestellenausschüssen heraus gebildet, aber ihre Befugnisse sollen gegenüber den bestehenden Ausschüssen bedeutend erweitert werden. Demgegenüber müßte der Betriebsrat auch eine weit größere Verantwortung tragen. In nachstehenden soll daher der Arbeitsprozess und die sich aus demselben ergebenden Rechte und Pflichten der Betriebsräte im Zusammenhang behandelt werden.

Ohne Arbeit kann die menschliche Gesellschaft nicht existieren. Dieser alte Satz gilt für alle

Männer und für alle Berufsstände. Es muß also jeder Arbeitsfähige sein Teil zur gemeinsamen Herstellung und Verfassung von Lebensbedürfnissen beitragen. Wir Deutsche haben als Volk heute einen schweren Wirtschaftskampf zu führen. Unser heimatlischer Grund und Boden ist selbst bei bester Bewertung nicht in der Lage, seine Millionenbevölkerung zu ernähren. Wir müssen also Lebensmittel und Bedarfsartikel im Austausch von anderer Völkern beziehen. Als Gegenwert bieten wir unsere Arbeit: Austauschwerte, Maschinen, Geräte, Verbrauchsmittel. Mit diesen Erzeugnissen müssen wir, da sie auch von anderen Völkern hergestellt werden, am Weltmarkt konkurrieren. Dazu müssen wir die weit größeren Kosten des Krieges tragen. Unsere Volkskraft ist durch Krieg und Hunger stark vermindert. Die Zahl der arbeitsfähigen Hände ist geringer und die Zahl dieser, für die mitgeloggt und mitgearbeitet werden muß, ist größer als früher. All unser Denken und Trachten muß daher darauf gerichtet sein, die Leistung unserer Industrie mit allen Mitteln zu steigern, mit den vorhandenen Kräften immer mehr Werte für unsere eigenen Bedürfnisse und für den Austausch zu produzieren.

Sind bisher die Wirtschaftsfragen durch die politischen Parteien im Reichs- und Landtag erledigt worden, so will man jetzt zur Behandlung der rein wirtschaftlichen Fragen ein Wirtschaftsparlament schaffen, in welchem die einzelnen Berufsgruppen durch ihre Wirtschaftsorganisation, die Gewerkschaft, vertreten sind. Der Betriebsrat kann wiederum nur als ausführende Organ für die Beschlüsse dieses Wirtschaftsparlaments dienen. Erst damit wäre eine selbstbewußte Zusammenarbeit der vielen Betriebsräte nach einheitlichen Gesichtspunkten gegeben. Bei der Betrachtung der besonderen Berufsinteressen unterscheiden wir zwei Hauptberufsgruppen, Arbeiter und Betriebsnehmer. Beide Gruppen sind, wie in Vorhergehendem bereits angedeutet, aufeinander angewiesen. Der Arbeitgeber kann ohne die Arbeiterschaft nicht arbeiten und dieser ohne den Geist des Arbeitgebers hat dessen Stellvertreter. Das ist bei der Aufgabe der Betriebsräte in erster Linie im Auge zu behalten. Der Betriebsrat soll keine Kampf- und Stoßtruppe des Arbeiters gegen den Unternehmer sein, sondern ein Vermittler und Vertreter der beiderseitigen Interessen. Vor allem soll der Betriebsrat nicht nach politischen, sondern nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten, die politischen Fragen werden auch in politischen Parteien und Parlamenten erledigt.

Die Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Fragen in den Betrieben kann unser Wirtschaftsleben nur aufs schwerste schädigen und es zeugt von einer erstaunlich geringen wirtschaftlichen Schulung, wenn Unsradikale „Arbeiterführer“ immer wieder versuchen, die Werkstatt zum politischen Kampfbühnen zu machen. Ist die Forderung der Sozialdemokratie, daß die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keinen Einfluß auf die wirtschaftliche Stellung eines Menschen haben darf, berechtigt, so muß mit dem gleichen Recht verlangt werden, daß die Zugehörigkeit des Betreffenden zu einer bestimmten politischen Partei hier ebenfalls nicht entscheidend sein darf. Die Arbeiter eines Betriebes haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen, auch wenn sie verschiedenen politischen Parteien angehören. Die Vertreter dieser Interessen verlangen sie innerhalb des Betriebes von dem von ihnen gewählten Betriebsrat, innerhalb der Gesamtarbeiterschaft von ihrer Gewerkschaft.

Die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Mitwirkung bei Beratung der Wirtschaftsfragen ist von jedem Einsichtigen als ein großer Fortschritt in unserer Wirtschaftsentwicklung begrüßt worden. Wären bei Ausbruch der Revolution mindestens 80 Prozent unserer Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert und geschildert gewesen, so wären uns die schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens erspart geblieben. Die Arbeiter würden ja auch dann ihre Forderungen gestellt haben, die ja zum Teil schon seit langen Jahren erhoben wurden, aber sie hätten diese Forderungen dann doch in einer Form gestellt, welche ein sachliches Verhandeln ohne schwere Schädigungen unserer Gesamtwirtschaft möglich machten.

Hat der Staat als Haupt der Gesamtarbeiterschaft im Reichswirtschaftsrat eine führende Stimme, so hat er auch ein Interesse daran, daß die Ausführung der gegebenen Bestimmungen in einer für das Gesamtwohl förderlichen Weise geschieht. Zur Wahrung dieser Gesamtwirtschaftsinteressen wird man an Stelle der bisherigen Schiedsgerichte die Arbeitskammer einführen müssen. Diese Arbeitskammer würde sich aus je 1 Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Reichs zusammensetzen. Sie würden die Entscheidung bei allen Streitfällen zwischen Betriebsrat und Unternehmer fällen und damit eine Kontrolle über die Tätigkeit des Arbeitgebers und der Betriebsräte ausüben.

Die im Anfang erwähnte Wirtschaftsumwälzung sollte in erster Linie dem Arbeiter das Mitbestimmungsrecht bringen. Er will als gleichberechtigter Faktor bei der Bewertung seiner Arbeitskraft im Arbeitsprozess gelten.

Die Arbeitsgemeinschaft über den Staat kann von jedem Einzelnen, also auch vom Arbeiter fordern, daß er seine ganzen geistigen und körperlichen Fähigkeiten dazu verwendet, nicht nur um Werte zu schaffen, sondern darüber hinaus an der für uns lebensnotwendigen Wertsteigerung mitzuarbeiten. Dafür wird ihm Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse und ein Ansehen als zufriedener Bürger geboten. Der eigentliche Schöpfer von Werten ist der Arbeiter in der Werkstatt. Er setzt den Gedanken in die Tat um, er erzeugt letzten Endes das Produkt. Vom Arbeiter verlangt man nun das Gelingen seiner vollen Arbeitskraft. Dagegen hat der Arbeiter ein Interesse daran, und kann verlangen,

1. daß bei diesem Schaffen seine Arbeitskraft nicht überanstrengt wird, daß also eine Wertsteigerung nicht auf Kosten seiner Gesundheit geschieht,
2. daß die Arbeitsausführung in dem von ihm gewählten Berufe mit Lust und Liebe geschehen kann.

Mit diesen beiden Punkten und dem schon oben erwähnten Mitbestimmungsrecht wäre das Arbeitsgebiet der Arbeiter im Großen gegeben. Sie sollen einerseits mit dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit unserer Industrie aufs Höchste gesteigert wird, andererseits darüber wachen, daß bei dieser Steigerung die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter gewahrt bleiben.

Es ist erstaunlich, daß der geschulte und fortgeschrittene deutsche Arbeiter im allgemeinen bis heute noch so wenig seine Arbeit und Leistung wirtschaftlich richtig beurteilen kann und daher den Meistern einer wirtschaftlichen Festigung meist mißtrauisch gegenüber steht. Jeder erfahrene Meister und Betriebsleiter weiß, daß wir die freundliche und fruchtvolle Mitarbeit der Arbeiterschaft brauchen, wenn wir unsere Leistungsfähigkeit steigern wollen. Nicht nur die hohe körperliche Kraft, sondern auch seine geistigen Fähigkeiten, seine Erfahrungen, soll der Arbeiter einbringen. Die Betriebsräte aber sind berufen, das Wissen und die Erfahrungen der Arbeiter an geeigneter Stelle geltend zu machen, damit diese für uns unschätzbaren Werte richtig gewürdigt und ausgenutzt werden. Von den Betriebsräten dürfen wir also eine Menge guter Verbesserungsvorschläge für die Werkstatt erwarten. Von ihnen erfahren wir auch, wie sich eine neue Arbeitsmethode oder eine von der Werkstatt zur Erhöhung der Leistung getroffene Maßnahme in der Werkstatt bewährt und wie sie dort beurteilt wird. Auch das Gehör zu wissen, ist für uns von großem Wert. (Schluß folgt.)

Wirtschaft und Kultur.

Von Fabrikdirektor Wilh. Scheszel.

Immer mehr wird es dem nachdenklichen Menschen klar, daß zwischen Wirtschaft und Kultur ein enger Zusammenhang besteht und bestehen muß, wenn die Wirtschaft nicht nur dem Wohl des Einzelnen, sondern dem Gesamtwohl dienen soll. Wir verstehen hier unter Kultur nicht den äußeren Fortschritt, nicht bessere Straßen, Eisenbahnen, sondern wir verstehen darunter die innere Größe der Seele, den inneren Gehalt der Menschheit.

Wir sehen klar, daß die Gesinnung der Menschen, ihr „inwendiges Ich“ wesentlich die Ausführung von Gesetzen und Richtlinien bestimmt, die sie mehr oder weniger wirksam macht. Gute bürgerliche Gesinnung, wie wir sie bei allen großen Völkern auf dem Höhepunkte ihrer Geschichte kennen lernen, der Geist der Pflichttreue und Opferwilligkeit, sind das Entschuldigende. Wie stand es damit in Deutschland, wie bei seinen Bundesgenossen und Feinden? Wie unsere rücksichtslose Geschäftspolitik im Innern und die brutale Gewaltspolitik, die man und von außen angeheißt läßt, beweist, ist in Europa die Herrschaft edler Bürgerjugend vorbei. Was noch bei diesen übrig geblieben ist, ist nur noch Schmutz, nicht Sein, ist eine traurige Restmoral. Treffend kennzeichnet dies mit bester Ironie Walter Rathenau, indem er den leibhaftigen Anstandsbeginn folgendermaßen zergliedert: „Ein anständiger Mensch im Sinne der europäischen Restmoral ist einer, der seine dringenden Schulden bezahlt, sich aber üben nicht erlauben läßt, kein öffentliches Vergnügen gibt, in Geschäften das Strafgesetzbuch achtet, sich an öffentlichen Stellen beteiligt, Sanktionen gibt, mütterliche Schalkenstücke besitzt und die gleichen Eigenschaften bei seinem ehelichen Vater nachweisen kann.“

Als dieser zerschende Geist in die Volksgemeinschaft eindringt und von deren Deutungstakt Besitz ergreift, näherten wir uns allmählich dem heutigen Zustand. Dieser Geist, nicht nur bei uns, hat letzten Endes Krieg und Revolution hervorgerufen; letztere beiden haben dann nur die Entwicklung zum heutigen Stand beschleunigt. Man sagt, der Kapitalismus sei Schuld. Das ist richtig und falsch. Kapital — im volkswirtschaftlichen Sinne nämlich produzierte Produktionsmittel, von denen Geld nur ein Teil ist — sind heute unbedingt nötige Voraussetzungen jeder Wirtschaft, sind gewissermaßen deren Blut. Ohne Kreislauf des Geldes kein Leben, ohne Produktionsmittel kein Leben der Wirtschaft. Was Schuld ist, ist die Ausartung des Grundgesetzes jeder Wirtschaft, des sogenannten ökonomischen Prinzips und seine Übertragung auf die kulturellen Güter. Was ist ökonomisches Prinzip? Das Streben, mehr herauszuholen, als man auswendig; das Streben nach Rentabilität kaufmännisch gesprochen. Wie anderen Völkern, die Ausartung dieses an sich gesunden Erbes findet sich auch gebrüht in einem Vortrage über Weltkrieg und Christentum von Professor Dr. Fohmann, Braunschweig. Er sagt: „Die brutalen Folgen dieses unheimlichen Geistes zeigen sich zunächst auf dem Wirtschaftsgebiet, in dem System des heute als eine Hauptquelle des Krieges betrachteten Kapitalismus, der nichts anderes ist, als der Geist der jehonkralen, rücksichtslosen Erwerbshucht, der um das bloße Geminne willelt. blüht über die Not der Mitmenschen hinwegsetzt, indem es nur ein Ziel gibt, Geld verdienen.“

Wie ist nun diese Ausartung des Kapitalismus entstanden? Der Mensch hat ein Innenleben, geregelt durch stilles Gelebe; es ist das „du mußt“, der „kategorische Imperativ“ nach Kant. Der Mensch lebt aber unter fernschwebenden als geistiges Wesen. Die Gelebe, die diese Zusammenhänge regeln, kann man mit dem Wörtchen „du sollst“ ausdrücken. Das äußere Zusammenleben der Menschen spielt sich hauptsächlich auf dem Felde der „Wirtschaft“ und „Recht“ ab, deren bürgerlicher Oberbau das „Recht“ ist. Alles, was sich hier abspielt, bezeichnet man mit Zivilisation. Dieser gegenüber stehen die

jenigen Verfassungen des menschlichen Geistes, die sich mit dem Innenleben des Menschen beschäftigen, ihre Vertreter sind Religion, Kunst und Philosophie. Diese zusammen machen die Kultur aus. Mit fortschreitender Entwicklung der Volkswirtschaft und Zusammenballung von Kapital in mächtigen Industrie- und Finanzunternehmungen, werden immer größere Massen von Menschen gezwungen, den größten Teil ihres Lebens in Industrie bzw. Technik und Wirtschaft zu verbringen. Diese fortwährende Beschäftigung auf materiellem Gebiete, die Deut- und Arbeitsweise dieser Gebiete und die Verknüpfung durch die oft materielle Lebensauffassung, der hier herrschenden Geister hat allmählich den Einfluß einer gesunden Innenkultur abgeschwächt und der Zivilisation die Oberhand verschafft, wohl verstanden einer hohlen Zivilisation. Materialität sind nicht Wirtschaft und Technik zu bekämpfen; denn die Erforschung der verborgenen Kräfte der Natur und ihre nutzbringende Anwendung finden tief in der Seele des Menschen. Wenn er strebt und schafft im Schweiße seines Angesichts, erfüllt er nur seine Aufgabe. Bekämpft werden muß aber die Vergewaltigung des Innern des Menschen, die Vergewaltigung seiner Kultur durch selbstgeschaffene Götzen der Zivilisation.

Wie ein Vllg erleuchtet die Lage ein Buch Spenglers, eines Mathematikers, heißt „Der Selbstmord Europas“. Spengler ist selbst unglücklich und das ist auch wohl miltelstimmend für seine düstere Voraussage. Das Buch ist entstanden in den Jahren 1911 bis 1917. Er schreibt: „Sebe Kultur wird geboren, wächst heran, stirbt und stirbt, wie die einzelnen Menschen auch. Bevor sie geboren wird, ist das von ihr zu erreichende Menschentum barbarisch; durch ihre Geburt wird es zur höheren Menschheit; mit dem Hinschlag der Kultur in Zivilisation beginnt das Greisenalter und der Todeskampf.“

Wie uns die vorhergehenden Betrachtungen gereizt haben, spricht Spengler kalt und vom Standpunkte des Naturforschers (nicht Geschichtsschreibers) unerbittlich ganz Europa das Todesurteil.

Es ist die Tragödie Europas, daß einer kommen muß und dem Sinne nach folgt: In diesen Jahren so selbstbewußten Hunderten von Millionen Eurovieren brüt vor lauter eiferer Betrachtung seine Seele, die nach überirdischen Grundtönen zu benehnen ist. In der Naturwissenschaft, Halle felt, dakalles nur Materie ist, daß dementsprechend die Kultur, die daraus nur eine wirksame Einbildung war, allmählich einer materiellen Zivilisation antreiben muß. Die wahren Gelebe dieser Zivilisation sind nicht höher, zeitliche, sondern materielle Gelebe, die diesen von denen sich das Maßwerk lösen läßt. Das nach lauter eiferen ein Volk diesen wahren Zusammenhang befristet, und betätigt denselben praktisch, dann muß es unweigerlich zu Grunde gehen.

Der Januar

geht seinem Ende entgegen.
Was hast du im neuen Jahr
für unseren christlichen
Metallarbeiterverband
getan?

In den Gedankenängen des Nationalwissenschaftlers Spengler liegt auch das Urteil über die Wichtigkeit seiner Gedankenänge selbst und über den „Selbstmord Europas“. Man kann kurz dahin zusammenfassen:

Überwiegen in Europa nach die Kulturelemente, wird die Herrschaft einer leichten Zivilisation geübt. Wird eine wahrhaft christlich-soziale Kultur anbeben, dann ist eine Gesundung möglich, sonst behält Spengler mit seiner Schlußfolgerung Recht.

Darum beurteilt im Hochland Eugen Rosenstock den Selbstmord Europas von Spengler mit den treffenden Worten: „Wir dürfen nicht den Selbstmord für ein Ende nehmen; denn es steht nicht in unserer Macht, ein Ende zu machen.“

Der Tod dient dem Leben. Und deshalb gebietet dem, was Spengler den Untergang des Abendlandes heißt, ein anderer Name, ein Name vom Jenseits des Grabes:

„Die Auferstehung der Wahrheit.“

Lohnpolitik, Kaufkraft und Konsumenteninteresse.

Von Genossenschaftssekretär A. d.

Wenn man heute die Zahlen auf den Lohnkarten ansieht, könnte man bei Nichtkenntnis der Tatsachen glauben, daß der Arbeiter doch über hohe Einnahmen verfügen müsse. In der Tat geht das zu verheerende Einkommen bei einigen Arbeitern bis an 12 000 Mark. Die wirkliche Verdienstgrenze liegt im Durchschnitt in der Metallindustrie bei den geübten Arbeitern etwa 2,60 Mark bis 2,80 Mark, bei angelegerten 2,40 bis 2,80 Mark und bei ungelegerten 2,20 bis 2,40 Mark pro Stunde. Im Vergleich steht der Lohn der geübten Arbeiter auf etwa 2,45 bis 3,05 Mark, einschließlich Steuer und Vorkauf. Metallarbeiter erhalten 2,00 bis 2,50 Mark. Es dürfte ein durchschnittlicher Jahresverdienst für einen Arbeiter obiger Kategorien von 7500 Mark anzunehmen sein. Neben diesen immerhin höchstbezahlten Arbeitsschichten sind Millionen mit niedrigeren Einkommen. Auch heute noch ist besonders in der Industrie viel zu sehr die Auffassung maßgebend, daß sich „das nach Angebot und Nachfrage zu regeln hat. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ging überaus schnell vor sich, das Angebot an Arbeitskräften war sehr groß; dies hatte zur Folge, daß der deutschen Industrie billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Genährt wurde dieses durch die ausländischen Arbeiterelemente, des ferneren, daß der größte Teil der deutschen Arbeiter den Mitteln zur Erlangung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen interesselos gegenüberstand. Darauf nun, daß der heutigen Industrie die billigen Arbeitskräfte zur Verfügung standen, ist es zum Teil mit zurückzuführen, daß uns die Eroberung des Weltmarktes bis vor dem Kriege nicht allzu schwer geworden ist. Seit der deutsche Arbeiter

im allgemeinen wenig, so ward doch allmählich seine Arbeitsfreudigkeit und seine geistige Kraft bekannt und geschätzt. Steigende Verbesserung unserer Erzeugnisse, sowie die damit verbundene Nachfrage steigerten stets fortwährend die Gewinne der großen Industriefabriken, die mit 30, 50 bis 100 Millionen Mark und mehr pro Jahr keine Seltenheit waren. So konnte die deutsche Industrie, besonders in den Kriegsjahren, viel Geld verdienen. Während die Arbeiterschaft infolge der stets steigenden Lebensmittelpreise mehr und mehr zurückging, da nur ein kleiner Teil von den erhöhten Löhnen profitierte.

Ist nun diese Lohnpolitik heute noch gerechtfertigt? In den Gewerkschaften sucht man nicht die Regelung nach Angebot und Nachfrage anzufordern, sondern mit Recht nach dem, was der Arbeiter mit seiner Familie notwendig hat. Die Lohnregelung vollzieht sich heute mehr und mehr auf heimlichem Wege. Trotz der erreichten hohen Löhne konstatiert die Arbeiterschaft keine Steigerung ihres Lebensniveaus. Die erhöhten Aufträge, die der Wirtschaftsmarkt an die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien stellt, sind mit rascher Schnelligkeit überhoben und so bedanken wir ein andauerndes Pendeln zwischen gesteigerten Tariflöhnen und ungesüßter Befriedigung. Das Gebahren unseres gesamten Wirtschaftslebens, was sich täglich offenbart, beweist, wie es durch den Krieg und dann durch die Revolution auf den Kopf gestellt worden ist. Unser noch geringer Goldbestand ist den Feinden zum größten Teil überantwortet, unser gesamter Kredit gegenüber dem Ausland ist dahin. Das Ausland liefert uns die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe fast nur gegen bar, da unsere Vorkasse in Rohle und Stahl ungenügend ist zum Austausch. Zudem steigt, gemessen an unseren wirtschaftlichen Verhältnissen, der Kurs täglich und so müssen wir zusehen, wie der holländische Gulden, der im Jahre 1913 und 1914 gemessen an der deutschen Mark mit 17,5 Groschen geberet wurde, heute 1920 Groschen wert ist. Der französische Franc, der vor dem Kriege, gemessen an einer deutschen Mark mit 80 bis 82 Pf. geberet wurde, hat heute 575 Pf. an Wert. Die Ankaufpreise folgen ganz natürlich denen des Auslandes. Der Aufwand einer vierköpfigen Familie beträgt heute bei Entnahme von nur rationierten Waren im Durchschnitt wöchentlich 68 Mark. Die gesamte Lebenshaltung für diese Familie beträgt im Jahre 1913 etwa 25,12 Mark. Die Steigerung beträgt demnach 42,88 Mark = 150 Prozent und das! beachte man, es handelt sich heute nur um die rationierten Waren. Dabei wäre aber unsere Arbeiterschaft längst gestorben. Alles greift notgedrungen zur Scheinhandelsware. Die Preise für Kartoffeln, Fleisch, Fett und Obst stiegen bis zu 600 Prozent gegenüber den Friedenspreisen; in Wäsche, Schuhe und Kleidung bis zu 1000 Prozent. So sehen wir, wie die Kaufkraft des Geldes gesunken ist. Es ist daher natürlich, daß die ständige Lohnsteigerung dieser gesunkenen Kaufkraft des Geldes folgen muß.

Woran liegen diese Zustände? Es ist leider vieles, wenn nicht alles auf die Selbstschuld der Konsumenten zurück zu führen. Erwinnern wir uns der Preissteigerung aller Lebensmittelpreise bei Ausbruch des Krieges, hervorgerufen durch die englischen und östlichen Bomber. Das Mad war ins Rollen geraten und hat seitdem nicht mehr stillstehenden Abherrung vom Weltmarkt und damit eintreffende Knappheit verzeichnet das Angebot bei gesteigerter Nachfrage und bewirkten weitere Steigerung der Preise. Der Konsument zahlt frustriert jeden vom Händler verlangten Preis, ohne sich seiner Macht bewußt zu werden.

Noch suchen wir und ist es auch zu Teil gelungen, den veränderten Umständen Rechnung zu tragen, wobei wir aber allerdings sehr außer Acht gelassen, daß es auf unser eigenes Schuldkonto (Konsumenten) und einer durch nichts gestifteten Zukunft geschieht. Die deutsche Industrie und Landwirtschaft kann und muß sich bewußt werden, daß nur durch gegenseitiges Verköstern, wie Verzichtleistung auf erhöhten Gewinn, sowie reelle Ablieferung aller täglichen Bedarfsartikel zu erschwinglichen Preisen eine Verbesserung herbeizuführen ist. Unsere Arbeitgeber müssen sich den Weltmarktbedingungen anpassen. Nur so kann Deutschland vor dem Kasabankbank bewahrt bleiben. Es müßten diese Maßnahmen schon längst getroffen sein und sollte in Anbetracht unserer hohen Eigenbedarfs jede Ausfuhr verhindert werden, soweit nicht Rohle und Stahl in Frage kommen. Rohle und Stahl sind unsere Austauschprodukte, sind unsere Wafentabeserzer, kurz, sind unser Lebensnerv geworden. Rohle und Stahl müssen wir zusehen, wie ein Wacker- und Schicksalstrahlende Tonna deutschen Getreides und Kartoffeln, die Palatia auszubauen, ins Ausland verschoben hat, und wir müssen, wenn bei uns die Knappheit im Frühjahr den Höhepunkt erreicht hat, es wieder gegen hohe Kosten einführen. So tragen diese Verfassungen weiter zu unserer Verschlechterung in erhöhtem Maße bei. Ist es vielleicht geeignet, die Lust zur Arbeit zu fördern oder das Vertrauen zur Gesundheit unseres Wirtschaftslebens zu stärken, wenn in Zeiten, wo dem Arbeiter das Notwendige zum Lebensunterhalt fehlt, im Westen von Januar bis Oktober v. J. für 4,5 Milliarden Mark Zigaretten eingeführt wurden? Schokolade, Kaffee und Luxuswaren wurden für gleich hohe Summen im Westen eingeführt. Die Höhe des Schaumbierkonsums (Sekt) steht in direktem Widerspruch zur Armut von Volk und Land. Endlich muß sich die Erzeugung und Volk darüber klar werden, daß all diesen Dingen einmal ein Ziel gesetzt ist, daß Staat und alle Unternehmungen einmal am Ende ihrer Leistungsfähigkeit anfangen werden. Bauen wir deshalb vor. Sparen und arbeiten wird mehr wie bisher unsere Lösung sein.

Es ist notwendig: 1. Der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehr eine ruhige und geduldige Entwicklung zu sichern. Alle Störungen sind zu hemmen. Wo die Vorkasse verknüpft, müssen andere Mittel einengen. Besonders hat die zwölfstündige Arbeit zu verhindern. 2. Die Wirtschaft zu stärken, wenn in Zeiten, wo dem Arbeiter das Notwendige zum Lebensunterhalt fehlt, im Westen von Januar bis Oktober v. J. für 4,5 Milliarden Mark Zigaretten eingeführt wurden? Schokolade, Kaffee und Luxuswaren wurden für gleich hohe Summen im Westen eingeführt. Die Höhe des Schaumbierkonsums (Sekt) steht in direktem Widerspruch zur Armut von Volk und Land. Endlich muß sich die Erzeugung und Volk darüber klar werden, daß all diesen Dingen einmal ein Ziel gesetzt ist, daß Staat und alle Unternehmungen einmal am Ende ihrer Leistungsfähigkeit anfangen werden. Bauen wir deshalb vor. Sparen und arbeiten wird mehr wie bisher unsere Lösung sein.

Wir hatten z. B. im Jahre 1813 auf 1000 Einwohner vier Händler und im Jahre 1914 auf 1000 Einwohner 96 Händler. Eine bedeutend höhere prozentuale Steigerung des

Händlerstandes, als die der Verbrauchssteigerung. Kapitalkonzentration in Handels- und Produktionskreisen, Aufspekulation, künstlich geschaffene Handelsbedürfnisse treiben von Tag zu Tag unnötig erhöhte Handelssteuern und Gewinne zum Schaden der Verbraucher und damit eine weitere Verlangsamung der Kaufkraft des Geldes.

Vereinfachung der Erzeugung, Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels hat zur Folge, daß die Güter billiger hergestellt und verkauft werden können, dabei kann dem Erzeuger noch ein höheres Verdienst zufallen, als bei dem System des bisher weit verzweigten Zwischenhandels. Die Konsumenten müssen sich größeren Einfluß verschaffen, um verbedend auf Produktion und Warenvermittlung einzuwirken. Sehr besonders dazu geschaffene Organisationen sind die Konsumgenossenschaften. Von diesen waren 1914 2400 Konsumvereine mit 2 1/4 Millionen Mitgliedern vorhanden, die mit ihren Angehörigen etwa 13 Millionen genossenschaftlich erfasste Personen vereinigen. Was bedeuten aber 13 Millionen in einem Volkstreib von 65 Millionen? Die Konsumgenossenschaften wollen preisregulierend, verbedend, und durch direkte Vermittlung verbilligend und durch Lieferung von Qualitätswaren sowie durch eigene Gütererzeugung dem Volkswohl dienen. Zwischen Erzeuger und Verbraucher muß eine nähere Verfrüderung eintreten. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land muß wieder ein anderes werden. Der Bauer muß sich seiner Pflicht erinnern. Die Stadt muß den berechtigten Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen. Landwirtschaftliche Genossenschaften in direktem Verkehr mit den Verbrauchergenossenschaften, dürfte der erste Schritt zur Befreiung unserer Lebenshaltung, wie auch besonders der Verbilligung der täglichen Bedarfsstoffe sein. Alles Geld steckt in der vermehrte Erzeugung im Bergbau, der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehr. Intensive Bearbeitung des Bodens, höchste Ausnutzung der Arbeitsstunden; darauf kommt es an.

Um dieses zu erreichen, ist die Aufnahme der Arbeiterschaft an den christlichen gewerkschaftlichen Organisationen und die der Verbraucher an die neutralen genossenschaftlichen Organisationen erforderlich.

Die Lebensweise aller Kreise muß eine denkbar einfache sein. Fort mit allem Prunk! Alle produktiven Kräfte müssen zum Dienste des Gemeinwohls eingesetzt werden. Auf den Grundideen des Christentums stehend, erfülle jeder seine Pflicht in dunkler Zeit, damit sich Land und Volk in kurzer Zeit wieder emporarbeiten, wie es einst unsere Väter nach dem Zusammenbruch erforderlich.

Streiflichter.

Das Gewerbegericht Müllheim-Muhr lehrt die Gültigkeit des Tarifvertrages für Unorganisierte ab.

Ein beachtenswertes und sehr richtiges Urteil fällt das hiesige Gewerbegericht am Donnerstag, den 18. Dezember 1919. Der Arbeiter Mödner klagte gegen die Firma Schmitz-Scholl. Der Klage lag folgendes zu Grunde: Kläger war bei den letzten beiden Lohnsteigerungen (laut Tarifvertrag) nicht berücksichtigt worden. Die Beklagte Firma machte geltend, sie habe die Tarife nach Verständigung mit dem Arbeitgeberverband nur für organisierte Arbeiter. Da Kläger nicht organisiert sei, so könne für ihn die durch den Tarifvertrag bedingte Abnahme nicht in Betracht. Das Gewerbegericht schloß sich den Ansichten der Firma an und wies den Kläger ab.

Dieses Urteil wird die Zustimmung der gesamten organisierten Arbeiterschaft finden. Wer nicht sehen will, soll zum mindesten keinen rechtlichen Anspruch auf die Früchte der gewerkschaftlichen Arbeit haben. Es wäre zu wünschen, daß auch die übrigen Gewerbegerichte diese Ansicht ihrer Rechtssprechung zu Grunde legen.

„Doch die Freiheit.“

Wie die roten „Freiheitskämpfer“ in Düsseldorf Andersgesinnte befehlen, zeigt folgender Vorfall:

Zwei Kriegsteilnehmer, M. und S., beide Familienväter, der eine 66 Prozent kriegsbeschädigt, arbeiten seit längerer Zeit bei Schoenborn. Beide gehören der polnischen Berufsvereinigung an. Am 12. Dezember v. J. erschienen der Vertrauensmann des deutschen Metallarbeiterverbandes Genosse Wäber und der Vertrauensmann der Arbeiterunion, Genosse Esper, bei M. und S. an der Arbeitsstelle und erklärten ihnen, sie müßten überreden. Auf den Hinweis des M. und S., daß sie organisiert seien, erklärten die beiden „Vertrauensleute“: „Ihr seid nicht richtig organisiert, Ihr gehört der rechtsstehenden Richtung an. Ihr laßt in die Kirche, besonders du, M., läßtst mit Deiner Frau in die Kirche, Deine Kinder gehen mit den Pfaffen spazieren, das können wir nicht dulden.“

Auf die Frage des M., was das mit der gewerkschaftlichen Organisation zu tun habe, wurde erklärt, das weitere wird sich finden. Am 15. Dezember wurde von den genannten Genossen eine Betriebsversammlung einberufen. In dieser Versammlung wurde nun darüber abgestimmt, ob die beiden, M. und S., übertreten sollten. Da sich bei der Abstimmung nicht gleich eine Mehrheit fand, ließ man so lange abstimmen, bis eine Mehrheit vorhanden war. Darauf brachte der Genosse Esper den Antrag ein, daß M. und S. außerdem noch die Beiträge in der Organisation, zu der sie übertreten, nachzahlen müßten! Beides, das Nachzahlen sowohl wie der Uebertritt, wurden von den anwesenden M. und S. abgelehnt. Am anderen Tage begann nun auf dem Werke, es sind mehrere hundert Arbeiter dort beschäftigt, ein Kesseltreiben. Die beiden oben genannten „Vertrauensleute“, sowie die drei Betriebsratsmitglieder, Genosse Bader, Rossmann und Schmitz verjagten zunächst ihre Ueberrückungskräfte nach obengezeigtem Muster. Meißner und Direktor wurden hinzugezogen. Da aber alles an der Rückgratlosigkeit des M. und S. scheiterte, zog man mittags von Seiten der Genossen andere Register auf. Sie sammelten sich in Gruppen im Werke, setzten die Maschinen still und stürzten brandend unter Führung des „Betriebsrates“ auf M. und S. los. Unter steter Bedrohung machten die beiden den Betrieb verfallen. Sie wurden so bedrängt, daß es ihnen kaum möglich war, sich umziehen und ihre Sachen zu ordnen. Höhnisch wurde ihnen von dem „Betriebsrat“ Schmitz erklärt, auf dem Abort wartet ihr warten, bis eure Papiere fertig sind.

Wui Teufel, über solche Gefährdungsirtschaft. Und diese Menschen wollen die Arbeiterschaft unter der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ führen. Unsere Kollegen aber wachen sich an den beiden polnischen Schlingen ein Beispiel nehmen, ebenso handhaft zu

bleiben, im Notfall aber auch, wenn möglich, den Knüttel in die Hand nehmen und diesen Freiheitskämpfern zeigen, wo Wacht den Drost halt.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. Januar der fünfte Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 25. bis 31. Januar.

Aus dem Verbandsgebiet

Amern St. Anton. Durch eine Eingabe unseres Verbandes war es erreicht, unsere Beiträge wieder etwas voran zu bringen und sie entgegen den rückwärts steigenden Lebensunterhaltungskosten anzupassen. Die Abmahlung legte für Schlosser und Dreher einen Lohn fest: 1. Gruppe 2,00 M., 2. Gruppe 1,80 M.; für Hilfsarbeiter gelang es 1,20 M. Stundenlohn festzusetzen. Hoffbarkeiten sollen eine Aufbesserung von 10-20 Prozent erfahren.

Kollegen es ist ein guter Schritt vorwärts gegenüber den bisherigen Verhältnissen und so wollen wir auch weiterhin einig sein und an der Stärkung unseres Verbandes mitarbeiten. In anbetrach der wachsenden Ausgaben und Ausgaben haben wir beschlossen, vom 1. Januar 1920 ab in der 2. Beitragsklasse 1,70 M., in der dritten 1 M. und in der Jugendklasse 0,50 M. Beitrag wöchentlich zu zahlen. Wir haben die praktische und günstige Wirksamkeit des Christl. Metallarbeiterverbandes schon oft erfahren, lassen wir uns nicht fehlen, in der Opferwilligkeit für ihn, unsern wirtschaftlichen Fall.

Darmstadt. Die Preisverwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands hielt vor kurzem im Saale des Feuerabens eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Stadtl. Wesp., dankte den Erschienenen, besonders denen, die von auswärts gekommen waren, auch sah er sich verpflichtet, dem Referenten des Abends, Bezirksleiter Wb. Scherer für sein freundliches Eintreten in Sachen der Terrorismusfälle in der Reichlichen Vollversammlung zu danken. Wb. Scherer gab dann in großen Zügen ein Bild über unsere nächsten Aufgaben. In markanter Weise führte er den Anwesenden die Entwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes vor Augen. Mit seinen über 210 000 Mitgliedern markiert er an der Spitze der christlichen Gewerkschaften, die heute über 1 Million 400 000 Mitglieder zählen. Am Schluß seines Referates gab er einen Beschluß des Zentralvorstandes bekannt, daß die einzelnen Unterabteilungen ab 1. Januar 1920 erhöht werden, u. a. Streik- und Erwerbslosenunterstützung, auch für die Jugendlichen sollen diese Unterabteilungen eingeführt werden. Der Beitrag, der deshalb vorzuschlagen wurde 1,60 und 50 Pf. für Jugendliche, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger interner Fragen sprach Kollege Wesp. das Schlußwort, auch gab er den Anwesenden einen erfrischenden Ausblick, denn nach den neuesten Zusammenstellungen der wirtschaftsneutralen Arbeiter- und Angehörigenvereinigungen im Deutschen Gewerkschaftsbund zählt dieser fast zwei Millionen Mitglieder; überall geht es mit den christlichen Gewerkschaften vorwärts. Mit einem warmen Appell an alle christlich-sozial Denkenden, weiter zu arbeiten in der Agitation, fand diese so schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Kirchzornern. Am 29. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Woll, eröffnete dieselbe und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Neueregelung unseres Beitragswesens; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes.

Zum Punkt 1 nahm der Bezirksleiter, Kollege Schoppe das Wort und führte den Anwesenden die durch die Entwertung des Geldes hervorgerufene Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge vor Augen. Er betonte besonders, wenn die Kollegen auch fernherin wollen, daß unser Verband ein Wachstumsbleiben solle, wir auch dafür sorgen müssen, daß unsere Kasse gefüllt bleibe. Dann kam auch der Verband die Intention der Mitglieder mit Nachdruck vertreten. In der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, die sich übereinstimmend für die Erhöhung aussprachen und besonders anerkannten, daß unser Verband die Löhne der Kollegen auf die jetzige Höhe gebracht hätte. Durch einstimmigen Beschluß wurden folgende Beiträge festgesetzt: ab 1. Januar für Männliche 1,50 M., für Weibliche 80 Pf., Delegiertenmarken pro Vierteljahr 50 Pf. Die darauf folgende Vorstandswahl ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Wilhelm Wolf; Kassierer Christoph Kolte; Schriftführerin Katharina Eimer; als Beisitzer Wilhelm Kiel und Joseph Lohse.

Zu Punkt Verschiedenes wies Kollege Schoppe noch auf das kommende Betriebsrätegesetz hin und erläuterte den Zweck des Gesetzes und die Aufgaben der Betriebsratsmitglieder und gab seinen Worten Ausdruck, auch im neuen Jahre alles daran zu setzen unsern Verband noch mehr auszubreiten, und hieran müssen alle Kollegen mitarbeiten. Darum, Kollegen, auf zur Arbeit im Interesse des Verbandes, gerade das verfloßene Jahr hat euch gezeigt, daß nur durch Zusammenschluß im Verbands eure Löhne aufgebessert sind.

Seltigenstadt. Am 1. Januar 1920 fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Schotte eröffnete die Versammlung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Beitragsfrage; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erteilte der Vorsitzende dem Bezirksleiter, Kollegen Schoppe das Wort. Der Vortragende war zunächst einen Rückblick auf das verfloßene Jahr und stellte fest, daß das vergangene Jahr aus dem weitem das nicht gebracht hätte, was sich ein großer Teil der Arbeiterschaft bei Anfang des verfloßenen Jahres gedacht hätte. Und besonders diejenigen, die den Arbeitern früher versprochen hätten, wir werden euch goldenen Zeiten entgegenführen, hätten doch eingesehen, daß Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind. Hierauf kam der Referent auf unsere Neueregelung des Beitragswesens zu sprechen und wies mit klaren Worten auf die durch die Entwertung des Geldes notwendig gewordene Beitragserhöhung hin. In der Aussprache wurde von den Kollegen auch die Notwendigkeit anerkannt und beschlossen, ab 1. Januar 1920 die Beiträge zu erhöhen. Zu Punkt Verschiedenes ging Kollege Schoppe noch auf unsere wirtschaftliche Lage ein und wies nach, daß unser Wirtschaftsleben nicht eher gesunde, bis das ganze Volk sich bemüht geworden wäre, daß wir den Krieg verloren hätten und zur Erlernnis komme, daß alle Stände zusammenarbeiten müssen und nicht wie es bis jetzt der Fall sei, ein Stand den andern zu übervoellen veruche. Die Vorstandswahl gab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Jakob Schotte; 2. Vorsitzender Franz Säger; 1. Kassierer Augustin Geburg; 1. Schriftführer Johann Siebert; Beisitzer Georg Vogt und Anna Rheinhard.

Saargebiet. Erhöhung der Tariflöhne. Der am 18. Oktober 1919 abgeschlossene Tarifvertrag für die gesamte Sättler- und Metallindustrie des Saargebietes (zukünftigen Saarstaates) wurde von den drei Metallarbeiterverbänden am 31. Oktober zum 1. Februar gekündigt. Der Tarifvertrag ist also ein Bezirksarbeitsvertrag, der die gesamte Sättler- und Metallindustrie des Saargebietes umfaßt. Dieser Vertrag bedeutet für das Saargebiet einen Kulturfortschritt, da er dem allen sogenannten saarabischen System ein Ende machte. Das wollen denkende Arbeiter zu würdigen. Jedoch die „Blutopferlinien“ d. h. jene Arbeiter, die vor und während des Krieges nach Ruhen hin gelb und im Innern rot waren, heute nach Ruhen aber knallrot und im Innern gelb sind, und der U. S. B. und den Romanisten umhauen, die haben für Kulturwerte kein Verständnis und streben heute ebenso müßig im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband für Arbeiterdiktatur, als früher bei den Helfen für die saarabische Hundsbemut. Das sind jetzt Leute, die immer bei der Masse zu finden sind. Müßt die Masse Schindlerbrötchen und Freiber noch, dann sind sie auch dabei; Müßt die Masse auf die Straße, dann stehen diese Helfen ebenfalls an der Spitze. Doch der Einfluß dieser Sorte Arbeiter fängt auch im Saargebiet an abzuklingen, denn ehrliche und aufrichtige Arbeiter, die vernünftige Gemüthsarbeit wollen, finden jetzt zahlreich den Weg zum christlichen Metallarbeiterverband. Der blühende Arbeiterkampf im sozialdemokratischen Lande öffnet hoffentlich noch vielen Kollegen im Saargebiet die Augen und zeigt ihnen den Weg zum christlichen Metallarbeiterverband.

Die Verteuerung der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel ist im Saargebiet in den letzten drei Monaten ganz gewaltig gewesen und hält noch immer an. Das Saargebiet hat heute die höchsten Preise von Deutschland, was aus dem „monatlichen“ Ueberblicken der Lebensmittelpreise von Calver auch hervorgeht. Das Saargebiet ist Grenzgebiet, von einer doppelten Zollgrenze fast kurzum umgeben, der Zentralpunkt der Schieber und Schleichhändler. Ferner kommen die Elbschiffbringer und Franzosen und laufen das Saargebiet aus. Die Verhältnisse wären vielleicht noch schlimmer, wenn nicht eine Überpreisprüfungsstelle und das bekannte Sondergericht für Nahrung- und Schleichhändler so emsig gearbeitet hätten. Die Lage der Sättler- und Metallindustrie ist sehr schwierig, da nur jene Werte mit Rechten befreit werden, die ausländisches (französisches Kapital) aufnehmen. Werke der Fertigungsindustrie erhalten nicht selten nur dann Kohlen, wenn sie bereit sind, französische Waaren zu niedrigen Preisen anzunehmen. Nach Lage der Verhältnisse müßte der Arbeiter im Saargebiet einen Lohn erhalten und leben zu können, der weit über den höchsten Lohn in Deutschland steht. Dem stehen aber die oben genannten Schwierigkeiten hindernd im Wege. Die organisierte Metall- und Sättlerarbeiterschaft ist deshalb vor sehr schwierige, ja fast unlösliche Aufgaben gestellt. Bemüht und starke Nerven muß deshalb am Platze, um den richtigen Weg zu finden.

Die Verhandlungen über die zukünftigen Tariflöhne fanden in der Arbeitsgemeinschaft am 29. Dezember statt. Die hauptsächlichsten Forderungen der Metallarbeiterverbände lauteten:

1. Die neuen Löhne sollen ab 1. Januar 1920 gezahlt werden, also einen Monat früher als der alte Vertrag abgelaufen war.
2. Die Löhne sollen um M. 1,70 bis 1,90 je Stunde erhöht werden.

Die Arbeitgeber boten bei den ersten Verhandlungen 25 Pf. je Stunde mehr an. Unter Kollege, Bezirksleiter Wäber, bezeichnete dieses Angebot als eine Beleidigung für die Arbeiterschaft. In einer längeren Rede begründete Kollege Wäber die Berechtigung der Forderungen der Arbeiterschaft auf Grund der Entwertung und wies eingehend und zwar im Sand guten Materials nach, daß die Saarindustrie in der Lage sei, stärker machen den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Am zweiten Verhandlungstage machten die Arbeitgeber folgendes Angebot:

- Die Löhne der Sättlerarbeiter sollen wie folgt erhöht werden, die Löhne von M. 2,30 um 60 Pf., die Löhne von M. 1,95-2,30 um 65 Pf. und die Löhne von M. 1,70-1,95 um 70 Pf.

Die Löhne der Facharbeiter um 25 Prozent und die Löhne der angelernten und Hilfsarbeiter um 30 Prozent. Auch dieses Angebot wurde von den Arbeitervertretern abgelehnt. Nach längeren Verhandlungen schlugen die Arbeitgeber 70, 75 und 80 Pf., sowie 30 und 35 Prozent vor. Als auch dieses Angebot abgelehnt wurde, fing die Sache an kritisch zu werden. Die Arbeitgeber erklärten, nicht höher gehen zu können. Es gelang jedoch der geschickten Taktik der Arbeitervertreter die Arbeitgebervertreter nochmals zu einer Sonderverhandlung zu bewegen, welche folgendes Resultat brachte:

- 90, 95 und 100 Pf. für die Sättlerindustrie

und Weibhaltung der Kinderzulagen. 40 Prozent für die Facharbeiter und 45 Prozent für die angelernten Arbeiter und die Hilfsarbeiter. Nach längeren Sonderberatungen nahmen die Arbeitervertreter das Angebot an. Von unserem Verbands nahm Bezirksleiter Kollege Wäber und zwei Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis an den Verhandlungen teil. Bemerkenswert sei, daß die Arbeitgeber versprochen, daß die Werte, die bis jetzt über die alten Tariflöhne hinaus gezahlt hätten, auch in demselben Maße über die neuen Tariflöhne hinaus zahlen würden. Für die Facharbeiter, angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter wurde deshalb die Lohnsteigerung prozentual bemessen, damit in der Fertigungsindustrie nicht die Ueberrückung ungerechtfertigt zu werden brauchen.

Ueber mehrere Fragen, wie Lehrlingsabkommen, Arbeiterinnehöhen, Einreichung von fehlenden Brufen in das Tarifabkommen usw. muß und wird noch verhandelt werden. Die Lohnfrage, die wichtigste Frage, ist vorläufig geregelt, und zwar nur für die Monate Januar und Februar. Die neuen Löhne werden also schon für den Monat Januar bezahlt, so daß in der neuen Vertragszeit der Lohn nur für einen Monat vereinstärkt wurde. Eine längere Lohnvereinbarung ist bei den unsicheren Verhältnissen in der Preislage im Saargebiet nicht möglich.

Wurden auch unsere Forderungen nur teilweise bewilligt, so ist der Erfolg doch als befriedigend zu bezeichnen, wenn man vor allem die schwierigen Verhältnisse berücksichtigt.

Im Saargebiet sind wir Arbeiter nur auf die gewerkschaftlichen Organisationen angewiesen. Kein Parlament steht uns zur Verfügung. Auch die sonstigen Mittel sind sehr beschränkt. Aus diesem Grunde müssen unsere Kollegen im Saargebiet einig und treu zusammenstehen. Von der inneren und äußeren Stärke des christlichen Metallarbeiterverbandes hängt zum größten Teil die Zukunft der Sättler- und Metallarbeiter und ihrer Familien ab. Da ist es die ständige Pflicht eines jeden Mitgliedes, seine ganze Kraft auf und außerhalb der Arbeitsstelle in den Dienst des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stellen, vor allem bei der Werbung neuer Mitglieder. Tausende stehen uns noch fern, die aber zu uns gehören nach ihrer Weltanschauung und ihren gewerkschaftlichen Auffassungen. Diese Kollegen für unseren Verband zu gewinnen, muß die Aufgabe in nächster Zeit sein. Fort mit Jaghaftigkeit und fallender Scham. Mehr Belemmer- und Kampfesmut erhöht die Stunde, vor allem auf der Arbeitsstelle und bei der Haus-

Wahlaktion. Inorganisierte darf es erst nach nicht mehr geben auf den Werken an der Saar. Aber auch finanziell Opfer sind notwendig, falls der Christliche Metallarbeiterverband an der Saar keine Aufgabe in der Zukunft gewaschen sein soll. — Kein kleinlicher Krämeregeist darf aufkommen. Wenn wir von den Arbeitgebern einen der Forderung entsprechenden Lohn vorzuziehen, dann dürfen wir als ehrliche Mitglieder unseres Verbandes nicht einen der Forderung entsprechenden Betrag verweigern wollen. Für den Verband heißt im Saargebiet die Forderung als für die Arbeiter und deren Familien. Also, seien wir keine „reaktionären Arbeitgeber“ gegenüber uns selbst, gegenüber unserem christlichen Metallarbeiterverband.

Notrop. Unsere Ortsgruppe hielt am Dienstag, den 6. Januar ihre Jahres-Generalversammlung ab. Die Tagesordnung sah zunächst die Neuwahl des Vorstandes vor. Nachdem dem alten Vorstand Entlastung erteilt und seiner pflichterfüllenden Tätigkeit, besonders der des bisherigen ersten Vorsitzenden, Koll. Vertig, die gebührende Anerkennung gewollt worden war, kam es zur neuen Wahl, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender: Kollege Busch, 2. Vorsitzender: Kollege Borch, 1. Schriftführer: Kollege Finkst, 2. Schriftführer: Kollege Grohe-Wilde, Kassierer: Kollege Dwarzaf, Kollege Reyer-Stellvertreter: Kollege Scholz. In Beisitzern wurden Kollegen von jeder Schichtanlage und sonstigen Betrieben Böttros gewählt, und zwar: Kollege Vertig von den Nibelungenhütten; Kollege Borcholl, Kollege Straumann von Broder I; Kollege Kleine-Wilde von Broder II; Kollege Koppensbur g von Volper III; Kollege Stepan von Grenberg Fortleitung; Kollege Kleinclung von Ter. Behelm; Kollege Steimel von der Feuerwerkerei; Kollege Röhrg von der Gemeinde.

Damit sind die bisherigen Vorstandsmitglieder größtenteils wiedergewählt worden, nur eine andere Vertretung der Arbeiter ist eingetreten, damit die verantwortliche Leitung abwechselnd auf anderen Schultern ruht. Aber auch die neu gewählten Kollegen werden sich ihres Verantwortungsbewußt sein und in vollem Maße sich jeder Mühe und Arbeit für unseren Verband unterziehen.

Im Verlauf der Versammlung berichtigte dann Kollege D. u. b. über den Stand der Tarifbewegung im Ruhrbergbau. Die neuen Forderungen zum Manteltarif wurden bekannt gemacht, ebenfalls wurden die Wünsche der Zechenmetallarbeiter zur Lohnordnung besprochen. Hervorgehoben wurde, daß die zukünftigen Löhne den teuren Lebensverhältnissen angepaßt werden müssen.

In der Aussprache wurde berichtet, daß ein Teil der Mitglieder in seinen Pflichten gegenüber dem Verband lüdig wird. Ausnahmslos sind es solche Kollegen, die selbst oder nie in den Versammlungen erscheinen, das Verhandlungsorgan nicht lesen und sich überhaupt nicht an gewerkschaftlichen Leben beteiligen, um dann aber desto mehr in der Werkstatt zu nörgeln und die Tätigkeit des Verbandes zu kritisieren. Bei solchen Leuten ist es kein Wunder, wenn sie sich an der Beitragszahlung vorbehalten wollen, es kommt ihnen auch nicht darauf an, gelegentlich in einen anderen Verband überzutreten, der zufällig geringere Beiträge hat. Die „Berufs“-Organisation wird ihnen zur Lebensfrage, sie verlangen sogar ihre Heberzeugung, indem sie aus einer christlichen in eine sozialdemokratische Organisation übertritten weil ihnen der geringere Wochenbeitrag die finanzielle ist. Wer keine Heberzeugung für 20 Pf. verkauft, ist allerdings nicht wert, Mitglied einer christlichen Gewerkschaft zu sein. Ein christlicher Gewerkschaftler muß, daß er für seine Heberzeugung auch Opfer zu bringen hat. Es wurden noch einige Beispiele von sozialdemokratischen „Freiheits“-agitatoren angeführt, die alles, was ihnen in der Arbeiterbewegung nicht paßt, h. h. nicht radikal genug ist, auf das Schuhton der bösen „Christen“ zu legen. Wer sich durch solche Agitationen fangen läßt, der ist in Bedauern und Reiz sich selbst ein Armutsergebnis aus. Allen Schwankenden muß aber gesagt werden, wer auf dem Boden des Christentums steht, und eine christliche Weltanschauung hat, gehört zu den christlichen Gewerkschaften.

Alle Vertrauensleute werden an dieser Stelle noch darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Donnerstag, nachmittags 5 Uhr bei Trogenmann Vertrauensmännerversammlung ist, wo nicht nur die Zeitungen abgeholt sind, sondern auch alle sonstigen Vertrauensangelegenheiten erledigt werden können.

Aus der Branchenbewegung.

Zechenmetallarbeiter, Heizer und Maschinenisten im Ruhrbergbau

Der Tarifvertrag für den Ruhrbergbau ist geändert worden, weil durch die Entwertung des Geldes eine weitere Lohnerhöhung notwendig wird, der Tarifvertrag vielfach unrichtig ausgelegt wurde und die bestehenden Mängel des jetzigen Tarifvertrages beseitigt werden müssen.

Aus den von uns gestellten Änderungsanträgen zum Manteltarif ist folgendes hervorzuheben:

Das Zwischenunternehmertum im Bergbau muß sobald wie möglich abgeschafft werden, es führt einerseits zu Lohnrückfällen, andererseits fördert es die Bestechlichkeit und sogar Betrügereien.

Für Heberichten, Sonn- und Feiertagsarbeit muß eine bessere Bezahlung eintreten. Bei allen Dingen müssen wir verlangen, wenn an kirchlichen Feiertagen der Grubenbetrieb ruht, daß dann den Arbeitern, die zur Arbeit verpflichtet werden, der Feiertagszuschlag zu zahlen ist.

Der Urlaub muß erheblich verlängert werden, weil Zechenhandwerker, Heizer und Maschinenisten besonders viel, zum großen Teil sogar regelmäßig zur Sonntagsarbeit gezwungen sind.

Das Wesen der „Mantel“-Löhne muß hergestellt werden. Eine erhebliche Erhöhung des Kindergeldes ist notwendig wegen der erhöhten Ausgaben der Familienväter für ihre Lebenshaltung.

Für alle und invalide Arbeiter muß ein erhöhter Schutz geschaffen, damit sie in der Entlohnung nicht der Widrigkeit der Zechenverwaltungen preisgegeben sind.

Die Lohnzahlung für Tagesarbeiter soll nach Möglichkeit während der Schicht erfolgen, mindestens aber eine halbe Stunde nach Arbeitschluss beendet sein.

Bei besonders schmutzigen und großen Kleiderverschleiß verursachenden Arbeiten soll Schutzkleidung gestellt werden.

In der Belieferung mit Deputatsstoffe sollen nicht nur die Unverheirateten, die Familienernährer sind, sondern auch die Unverheirateten mit eigenem Haushalt den Verheirateten gleich gestellt werden.

Wenn es ein allgemeiner Wunsch unserer Kollegen, ihr Arbeitsverhältnis auf der Zeche jederzeit zum Ablauf in 14 Tagen kündigen zu können, also nicht mehr als 15, zum Ende des Monats.

Eine den Wünschen unserer Kollegen besser entsprechende Schlichtungsinstanz soll eingesetzt werden. Gedacht ist ein Tarifausschuss, der sofort nach Einlegung einer Beschwerde zusammen-

treten muß. Grundlegend bleibt aber bestehen, daß jeder Arbeiter, der sich dem Tarifvertrag nicht anschließt, die Angelegenheit seinem unmittelbaren Vorgesetzten vorbringen muß, damit dieser in zweiter Linie der Betriebsrat oder Arbeiterausschuss in Frage und erst an dritter Stelle kann bei Erfolglosigkeit die Organisation das weitere veranlassen.

Bei dieser Gelegenheit ist darauf hinzuweisen, daß es in der Hand unserer Zechenmetallarbeiter, Heizer und Maschinenisten liegt, bei den kommenden Betriebsratswahlen ein Mitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes in den Betriebsrat zu wählen, damit ihre Interessen nach ihren Gesichtspunkten vertreten werden.

In der Lohnforderung müssen umfangreiche Verbesserungen vorgenommen werden. Bestimmte Arbeiterkategorien, die bisher unempfindlich oder übergegangen wurden, müssen besonders angeführt werden.

Arbeiter müssen z. B. zu den Metallhandwerkern und nicht zu den Bauhandwerkern gezählt werden. Zudem ist für beide Gruppen ein Einheitslohn anzustreben.

Erweitern müssen wir unsere alte Forderung: Angeleitete Handwerker, die drei Jahre in ihrem Beruf tätig sind, müssen den gelehrten Handwerkern im Lohn gleichgestellt werden.

Zuschläge sind den angeleiteten Handwerkern im Lohn gleichzustellen.

Die Regelung des Lehrlohnens auf Zechen wird immer schwieriger. Die Zechen wollen wohl noch höhere Arbeitskräfte haben, aber nicht für deren gezielte Ausbildung Sorge tragen.

Die Maschinenisten müssen alle nach der Art ihrer Arbeit benannt und entsprechend der Bedeutung ihres wichtigen Berufes entlohnt werden. Für die Maschinenisten in Gas- und Dampfmaschinen, an Luftkompressoren, Wasserhaltung, Ventilatoren, Kondensation, Lebehand, Siebert Maschinen, Wälze Maschinen usw. wird eine genaue Sozialkategorisierung im Tarifvertrag notwendig sein.

Handwerker in Zechenfabriken sowie auf Kokszechen sollen pro Stunde 10 Pf. mehr erhalten als in den sonstigen Werksstätten, weil in den genannten Betrieben außerordentlich schmutzige, zum Teil gesundheitsgefährliche Arbeit zu verrichten ist.

Außerdem verlangen wir, daß überall bei Verrichtung besonders heißer, schmutziger, lebensgefährlicher oder gesundheitsgefährlicher Arbeit eine besondere Vergütung je nach Schicht gewährt wird.

Wenn bei den jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren durch die Einlegung der Arbeitszeit Pause von 30 Minuten eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden eintritt, so soll dafür kein Lohnabzug erfolgen.

Bestehendes stellt die wesentlichen Punkte unserer neuen Forderungen zum Tarif für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau dar. Zu den zu erwartenden Erfolgen kann viel dadurch beitragen werden, daß alle noch Fernstehenden der Organisation beigetreten werden. Wer an Erfolgen teilhaben will, soll auch wie alle anderen Gewerkschaftler die nötigen Opfer bringen.

Westfälisches.

In einer vor kurzem in Hamm abgehaltenen tagelangen kombinierten Versammlung der Arbeitervereine nahm der Tagesvertrieb der Zeche „König Ludwig“ eine eingehende Stellung zu dem im Bergbau abgeschlossenen Tarifvertrag. Vertriebsmitglied Koll. Müller verteilte den Vertrag und wies durch eine Reihe von Unklarheiten, welche sich bereits in den Verhandlungen mit den einzelnen Betriebsleitungen ergeben hatten, nach, daß viele Paragrafen nicht klar umgrenzt und sehr geläufig seien. Dadurch bestimme für die Vertretungen die Möglichkeit, für sich Vorteile aus dem Tarifvertrag herauszugeben, zum Schaden der in Frage kommenden Kollegen. Er stellte weiter fest, daß einige Paragrafen nicht in die richtige Arbeitergruppe eingereiht und wieder andere im Tarifvertrag überhaupt nicht aufgeführt seien oder als Blagarbeiter geführt würden. Nachdem Koll. Müller dann noch das Protokoll der letzten Betriebsratssitzung eingehend besprochen habe, stellte er seine Ausführungen zur Diskussion. Die Beteiligung an dieser Aussprache war äußerst reger und es wurden noch eine ganze Reihe Mängel und Wünsche zu Tage gefördert. Kollege Müller ging auf verschiedene Anträge des näheren ein und erteilte dann unserm inoffiziellen eingetroffenen Beamten, dem Kollegen Lodde das Wort. Lodde wies zunächst darauf hin, daß der nunmehr zum Abschluß gelangene Tarifvertrag ein Anfangswert sei, welches noch eines weiteren Ausbaues bedürfe. Aber schon allein die Tatsache, daß wir mit dem gewaltigsten Unternehmer, der uns doch im Bergbau gegenüberstehe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in feste tarifliche Bahnen gebracht hätten, müsse doch als ein gewaltiger und energischer Schritt vorwärts gewertet werden. Der mit so großer Einnütigkeit von der Gesamtheit unserer Kollegen in den Vorversammlungen vertretene Standpunkt, die Lohnsätze im gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenevier möglichst einheitlich zu regeln, habe naturgemäß dazu geführt, daß die Lohn-erhöhungen für die einzelnen Kollegen einer gewissen Schwankung unterworfen seien. Hinsichtlich auf die vor dem Tarifabschluss in unserm Bezirk geschätzten Löhne auf den einzelnen Schichtanlagen stellte er fest, daß die Lohnrückstellungen zwischen 2-6 Mark pro Schicht schwanken. Er appellierte an den kollegialen Geist, diese Tatsache nun auch entsprechend zu würdigen und Einzelwünsche im Interesse der Allgemeinheit zurückzustellen. Nachdem nun die erste und gewaltigste Arbeit an diesem großen Tarifwerke getan sei, müsse die Gesamtheit entschlossen annehmen, dieses Werk weiter auszubauen. Das gelte auch von der Einrichtung einzelner Arbeiterkategorien in eine andere Klasse. Koll. Lodde erwähnte die Kollegen zur Geduld und zur affektieren regen Teilnahme an den Versammlungen, in denen durch gegenseitigen Vertrauen getragene gemeinsame Arbeit auch für die Folge etwas vollkommener geschaffen werden könne. Nachdem verschiedene Anfragen in der Aussprache beantwortet waren und Koll. Lodde noch besonders auf die dem Manteltarif angefügten protokollierten Erklärungen zum Tarifvertrag hingewiesen hatte, betonte Kollege Müller in seinen Ausführungen am Schluß der Versammlung, daß am heutigen Tage viele Kollegen erschienen seien, die eine Vertretung zur Kritik an dem Tarifvertrag eigentlich nicht hätten, da sie es nicht für nötig erachtet hätten, in die Vorversammlungen zu erscheinen und dort ihre Forderungen bei Aufstellung des Tarifvertrages vorzutragen. Er unterrichtete die Worte des Kollegen Lodde betreffend den besseren Besuch der Versammlungen und betonte, daß ein engerer Zusammenschluß der Kollegenschaft absolut notwendig sei. Nachstehende von ihm zur Verlesung gebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Der Tarifvertrag muß zum 1. Januar gestündigt werden. Ferner muß eine Konferenz der Arbeitergemeinschaft für die Zechenmetall-

arbeiter so bald wie möglich stattfinden, in welcher die im Tarifvertrag bestehenden Mängel festgestellt und als Material bei dem neu abzuschließenden Vertrag benutzt werden können. Weiter ist die Versammlung einstimmig der Ansicht, daß die Löhne der Zechenarbeiter ihrer im Verhältnis zu denen der Bergarbeiter zu niedrig stehen.“

Aus der Jugendbewegung.

Regelung der Gehaltsentlohnung in der Dortmunder Metallindustrie.

Seit langem ist es das Bestreben des christlichen Metallarbeiterverbandes, in die Einführung der Gehaltsentlohnung zu bringen und einen gerechten Ausgleich gegenüber der Forderung herbeizuführen. Diese Bemühungen waren in der Metallindustrie nicht ohne Erfolg. Mit den Tarifabschlüssen im letzten Frühjahr wurden die Gehaltsentlohnungen für die Metallindustrie einheitlich festgesetzt, und zwar für das

1. Lehrjahr	2,00 M pro Schicht
im 2. Lehrjahr	3,00 M pro Schicht
im 3. Lehrjahr	4,00 M pro Schicht

und in einem eventl. 4. Lehrjahr freie Vereinbarung.

Da jedoch die Forderung sich in den letzten Monaten merklich verschärft hat, beschloß die Arbeitergemeinschaft der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung in einer Sitzung am vergangenen Montag erneut mit dieser Frage. Die Arbeiter vereinbarten sich nicht der Notwendigkeit einer Preiserhöhung und es wurden die Gehaltsentlohnungen wie folgt festgesetzt:

im 1. Halbjahr der Lehrzeit	0,40 M pro Stunde
im 2. Halbjahr der Lehrzeit	0,50 M pro Stunde
im 3. Halbjahr der Lehrzeit	0,55 M pro Stunde
im 4. Halbjahr der Lehrzeit	0,60 M pro Stunde
im 5. Halbjahr der Lehrzeit	0,70 M pro Stunde
im 6. Halbjahr der Lehrzeit	0,80 M pro Stunde

im letzten Jahr freie Vereinbarung.

Zu diesen Löhnen tritt ein Zuschlag, der auf den 80 Pf. je Meter für Lehrlinge über 18 Jahre 2,00 M.; für Lehrlinge unter 18 Jahre 1,50 M. pro Schicht; auf den Maschinenarbeitern und Eisenkonstruktionswerkstätten im Alter über 16 Jahre 1,00 M., unter 16 Jahre 0,50 M. pro Schicht beträgt. Ferner wird auf landlichen Werken außerdem ab 1. Januar als Ausgleich für die durch das Preiensystem hervorgerufene Preis- und Kartoffelverwertung der Wert von 1,40 M. pro Woche gewährt, sofern nicht die Metallarbeitergemeinschaft einen höheren Satz bestimmt.

Durch diese Lösung haben die Werte den jetzigen Verhältnissen Rechnung getragen. In den handwerklichen Betrieben liegt es nun, ebenfalls mit ihrem bisherigen Standpunkt zu brechen und gemeinlich mit den gewerkschaftlichen Organisationen die Gehaltsentlohnung zu regeln.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, 24. Januar:**
- Somburg, Nachmittags 6 Uhr bei Holtfort, Duisburger Str., Generalversammlung.
 - D. A. M. D. 8 Uhr bei Thomas, Koenigsplatz 56, Jugendversammlung.
 - Essen-Heilwig, Abends 7 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes.
- Dortmund, (D. 4. erhaltung), Abends 7 Uhr im Welfen Saal des Geleinhauses Eberw. 20. (Behaumenmännchen).**
- Sonntag, 25. Januar:**
- Großenbaum, 10.30 Uhr bei Blantenheim.
 - Buchholz, 5 Uhr bei Rüpper, Büffelbacher Straße.
 - Verwaltungsstelle Brünnerheim, Nachmittags 4 Uhr Vorstandskonferenz bei Kogelthun in Brünnerheim.
 - Hörde, Generalversammlung der Ortsverwaltung mit Neuwahl des Vorstandes vormittags 11 Uhr im kath. Gefellenhaus.
 - Hörde-Schwerte, Nachmittags 11 Uhr Vertrauensmännerversammlung im Lokale Rauf.
 - Hörde, (Nachgruppe der Heizer, Maschinenisten und Eisenbahner) Abends 6 Uhr Versammlung im Lokale Stoffe.
 - Stierkrade-Sandberg-Gebäude, 4 Uhr bei Landsheldt Familienfeier.
 - Stierkrade-Schwartenhof, 4 Uhr im Lokale Rüpper Generalversammlung.
 - Stierkrade-Walumermarkt, 4 Uhr bei Sassefeld im Hirschstump.
 - Selbed, 11 Uhr bei Eberhard.
 - Milheim-Saarn, 11 Uhr bei Rolandahl.
 - Dinslaken, 10 Uhr bei Kleinhaus Generalversammlung.
 - Essen, Berge-Vorbeck, Nachmittags 6 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes bei Hugo Schürmann a. d. Kirche.
- Dortmund-Lüne, Vorm. 10 Uhr im Lokal Rörwer,**
- " Körne, Vorm. 11 Uhr im Lokal Biede.
 - " Bövinghausen, Vorm. 11 Uhr im Lokal Roje.
 - " Derne, Vorm. 11 Uhr im Lokal Bürghoff.
 - " Kirchlinde, Nachm. 6 Uhr.
- Montag, 26. Januar:**
- Stierkrade-Postweg, 6 Uhr bei Wilmann, Wefeler Straße.
- Dienstag, 27. Januar.**
- Dortmund, (Heizer, Maschinenisten, Eisenbahner), Nachm. 6 Uhr im goldenen Löwen, 1. Romystr.
- Mittwoch, 28. Januar:**
- Stierkrade-Tadenberg, 5 Uhr bei Landsheldt, Postenstraße.
 - Stierkrade-Eindammte, 5 Uhr bei Roper, Brandenburgstraße.
 - Vortrag des Herrn Oberleiter Schmitz über Südamerika.
- Donnerstag, 29. Januar:**
- Stierkrade-Holen, 6 Uhr bei Ibsen Generalversammlung mit Vorstandswahl.
- Adressen:**
- Oberhausen (N. H.). Die hiesige Zweiggeschäftsstelle unseres Verbandes ist von Sedanstraße nach Goebenstraße 103 verlegt worden. Telefon 1191.